



Niederschrift 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tiemo Reimann	SPD
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Laura Kapp	DIE aNDERE
Herr Helmar Wobeto	AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	18:00 Uhr - 18:50 Uhr
--------------------------------------	-----------	-----------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Finken CDU

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE
Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis
Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss	SPD

Herr Robert Sperfeld	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Frau Ariane Wargowske	CDU	
Herr Horst Volker Zimmermann	Freie Demokraten	

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner	Bürgermeister, Geschäftsbereich 1
---------------------	--------------------------------------

Vertreter der Beiräte

Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat
---------------------	----------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Günter Anger	CDU	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Gäste:

Herr Westphal	GF ProPotsdam
Herr Schmidt	GF Klinikum Ernst von Bergmann
Frau Reiling	Potsdam Zero
Frau Lust	Potsdam Zero
Frau Reimer	Potsdam Zero
Herr Martens	Rechnungsprüfungsamt
Herr Bischoff	OBM-Büro
Herr Schmidt	FBL 11
Frau Maybaum	FB 11
Frau Ziesmer	GStelle 101
Frau John	GStelle 103
Herr Wapenhans	KIS
Herr Schulz	FB 47
Herr Kümmel	401
Herr Lesniak	FB 45
Herr Oelschläger	MAZ
Herr Kramer	PNN

Schriftführerin:

Frau Köthur

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
19.10.2022
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
 - 4.2 Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele
Vorlage: 22/SVV/0820
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
 - 4.3 Wissenstransfer für Potsdam - Fortführung der Zuwendung an den Verein
proWissen Potsdam zum Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum
Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0914
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
 - 4.4 Baumpflanzprogramm 2023
Vorlage: 22/SVV/0939
Fraktion DIE LINKE
 - 4.5 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und
an die Herausforderungen anpassen
Vorlage: 22/SVV/0940
Fraktion CDU
 - 4.6 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz
Vorlage: 22/SVV/1008
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
 - 4.7 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern
Vorlage: 22/SVV/0941
Fraktion CDU
 - 4.8 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen
Vorlage: 22/SVV/0942
Fraktion CDU
 - 4.9 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"
Vorlage: 22/SVV/0958
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
 - 4.10 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/0980
Fraktion DIE aNDERE

- 4.11 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/1019
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 4.12 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserver-sorgungs- und -abgabensatzung-WVS)
Vorlage: 22/SVV/1024
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.13 Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und –abgabensatzung-AWS)
Vorlage: 22/SVV/1025
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2022

Die Ladung und Tagesordnung zur 29. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen haben form- und fristgerecht vorgelegen.

Zu Beginn der Sitzung waren von 8 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 8 anwesend.

Herr Dr. Wegewitz führt aus, dass zum Punkt 4.2 ein Antrag auf **Rederecht** von Frau Nora Lust – Potsdam-Zero – vorliegt und bittet um **Abstimmung**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Herr Dr. Wegewitz bittet um **Abstimmung der Tagesordnung** unter Berücksichtigung der Zurückstellung des TOP 4.9 - Bitte der Verwaltung – und der gemeinsamen Behandlung der TOP 4.7 und 4.8.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Dr. Wegewitz stellt die vorliegende **Niederschrift** des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 19.10.2022 zur **Abstimmung**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Schmidt erläutert anhand einer Präsentation (Anlage) die derzeitige Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam unter Darlegung der Auswertung der Steuerschätzung November 2022.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Fragen formuliert. Herr Exner und Herr Schmidt nehmen Stellung bzw. beantworten diese.

Herr Zimmermann erkundigt sich nach der Realisierung der Planzahlen Gewerbesteuer der vergangenen Jahre.

Herr Wobeto fragt nach der vorgesehenen Steuer-Planung für die Haushaltsjahre 2023/2024 und führt aus, dass er Informationen betr. der Ist-Zahlen November 2022 und der Vorausschau 2023 erwartet hätte.

Herr Dr. Bauer spricht die allgemeinen Steigerungen der Kosten – Inflationsrate – an und bittet um Information betr. möglicher Auswirkungen auf das Kreditwesen. Bei bestehenden Krediten mit Zinsbindung werden diese nicht gesehen. Vorgeschlagen wird, die Frage konkret im Werksausschuss KIS zu stellen.

Herr Dr. Wegewitz erkundigt sich, ob es vom bisher dargestellten Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung 2023/2024 Abweichungen geben wird.

Herr Exner informiert zum Sachstand der Vorbereitungen:

- Erste interne Runde mit den Geschäftsbereichen unter den bekannten Gegebenheiten

(Pandemie, Flüchtlingsaufnahme, Auswirkungen Krieg, usw.) ist abgeschlossen.

- Nach Auswertung wurde sich für eine zweite Runde im Dezember verabredet.

- Zum Zeitplan: Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass die Einbringung

des Haushaltsplanentwurfes 2023/2024 Ende des I. / Anfang des II. Quartals 2023 erfolgen könnte, um die Beschlussfassung noch vor der Sommerpause zu erreichen.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Vorschriften der Kommunalverfassung betr. Einbringung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Folgejahr bzw. bei einem Doppelhaushalt die Folgejahre und erinnert an die Verabredung, durch Zwischeninformationen auf die Haushaltsplanung vorbereitet zu sein bzw. ggf. Einfluss insbesondere bei Vorschlägen zu möglichen Sparmaßnahmen nehmen zu können.

Herr Zimmermann führt aus, dass die Haushaltsplanaufstellung immer mit Unsicherheiten verbunden sei.

Herr Exner bestätigt die Ausführungen und die beschlossenen Handlungsfelder, die über das Jahr 2022 weiter gelten.

Herr Bauer erkundigt sich abschließend nach der Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage –

Herr Berlin spricht die Neufassung des Antrages an, welche den Ausschussmitgliedern nicht vorliegt.

Nach kurzer Verständigung wird der Antrag auf Zurückstellung gestellt. Herr Dr. Wegewitz stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

Die Ausschussmitglieder stimmen damit der Zurückstellung des Antrages bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 21.12.2022 zu.

zu 4.2 Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele

Vorlage: 22/SVV/0820

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage –

Frau Lust erhält das Rederecht. In ihren Ausführungen stellt Frau Lust „Potsdam-Zero“, deren Aktivitäten und das Ziel, die Absichtserklärung der Landeshauptstadt Potsdam zum Klimaschutz umzusetzen, vor.

Frau Lust appelliert an die Stadt, die notwendigen Haushaltsmittel für die Umsetzung in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Frau Bartelt geht auf den vorliegenden Antrag ein und erläutert, worum es dem Antragsteller geht. Dabei werden die Punkte „Wirksamkeitskontrolle“, „Nachweis der Verwendung entsprechender Gelder“, „Klimaneutralität“ und „Gleichstellung“, „Monitoring“ angesprochen.

Deutlich wird auf die Zeiten der knappen Ressourcen sowie die Ausführungen der Verwaltung, dass keine kurzfristige Umsetzung möglich sei, hingewiesen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den vorliegenden Antrag in einen Prüfauftrag dahingehend umzuwandeln, dass von Seiten der Stadt geprüft wird, wie die Umsetzung mit dem Haushalt möglich sein könnte.

Frau Bartelt bittet um Zurückstellung die vorliegenden Antrages.

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung	1

Die Ausschusmitglieder stimmen damit der Zurückstellung des Antrages zu.

zu 4.3 Wissenstransfer für Potsdam - Fortführung der Zuwendung an den Verein proWissen Potsdam zum Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0914

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

In der Diskussion erfolgt die Verständigung betr. der finanziellen Auswirkungen sowie Fördermöglichkeiten sowie die Klärung der Fragen „Sicherstellung der Barrierefreiheit“ und Stand der Umsetzung.

Im Ergebnis wird die Drucksache zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) am 02.05.2012 gefasste Beschluss, sich finanziell am Betrieb und Unterhaltung des Hauses der Wissenschaft in der 4. Etage des Bildungsforums (heute Wissenschaftsetage WIS im Bildungsforum) zu beteiligen, wird bestätigt.

Die LHP beteiligt sich am dem Jahr 2023 für zunächst weitere 5 Jahre an dem Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum.

Die Zahlung erfolgt als zweckgebundene Zuwendung an den Verein proWissen Potsdam.

Für die Jahre 2023 - 2028 wird weiterhin ein Sockelbetrag in Höhe von 270.000 Euro (Betrieb WIS 190.000 Euro + Wissenschaftskommunikation 80.000 Euro) gezahlt.

Für die Laufzeit des Smart-City Projektes Potsdam Lab wird von 2023 - 2026 ein zusätzlicher Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von 139.000 Euro sowie ein Ausgleichsbetrag in Höhe von 11.000 Euro für Tarifierhöhungen gezahlt.

Anhand der Abrechnung des ersten Betriebsjahres 2023 wird die Höhe des finanziellen Zuschusses evaluiert und für die Jahre 2024-2026 angepasst wobei die Höhe des über den Sockelbetrag hinausgehenden Zuschusses auf höchstens 139.000 Euro für Sach- und Personalkosten gedeckelt ist.

Das Smart-City Projekt wird in der ersten Hälfte des Jahres 2026 unter Mitwirkung des Digitalisierungsrates evaluiert und der Stadtverordnetenversammlung eine Fortführungsprognose des PotsdamLab in Zusammenarbeit mit ProWissen, zunächst bezogen auf die Jahre 2027-2028, zum Beschluss vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Mitglieder im Verein ProWissen zu prüfen, wie auch sie einen Beitrag zur Sicherung von ProWissen als einzigartige Plattform für die Wissenschaftskommunikation und den Wissenstransfer leisten können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Baumpflanzprogramm 2023

Vorlage: 22/SVV/0939

Fraktion DIE LINKE

Festgestellt wird, dass der Antrag durch die späte Einreichung (Oktober/November 2022) im Frühjahr 2023 nicht umsetzbar ist.

Herr Kaminski berichtet aus der Sitzung des OBR Groß Glienicke, dass der Antrag dort behandelt wurde im Ergebnis – Umsetzung 2024.

Von Seiten der Verwaltung wird auf die notwendigen zeitlichen Vorläufe verwiesen, So sei man jetzt bei der Planung Herbst 2023. Die inhaltlichen Schwerpunkte / Prioritäten werden KUM-Ausschuss bereits vorgelegt.

Herr Dr. Wegewitz stellt die Feststellung - der Erledigung des Antrages für 2023 - zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen

Vorlage: 22/SVV/0940

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein und bittet um Zurückstellung bis zur Haushaltsplandiskussion 2023/2024.

In der Diskussion werden zunächst Fragen zum Bedarf der 5 zusätzlichen Stellen gestellt und beantwortet. Im Anschluss bitten die Ausschussmitglieder um Informationen betr. der Zahl der insgesamt unbesetzten Stellen und der sich im Verfahren (Ausschreibung, Bewerbung, Besetzung) befindlichen Stellen. Angesprochen wird hier die Rolle des Personalservice sowie die Frage nach dem Grund für die unbesetzten Stellen.

Vorgeschlagen wird zunächst die Zurückstellung des Antrages bis zu den Haushaltsberatungen.

Nach kurzer Verständigung wird die DS zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unmittelbar noch in diesem Jahr fünf Stellen in den Bereichen der Stadtplanung und Bauaufsicht auszuschreiben und zu besetzen, sowie der Stadtverordnetenversammlung anhand einer Personalbemessungsuntersuchung auf der Grundlage des Auftragsaufkommens und der Aufgabenbeschreibungen bis zum September 2023 die Anzahl der darüber hinaus benötigten Stellen darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmhaltung	1

Die Ausschussmitglieder lehnen somit die Beschlussfassung des Antrages ab.

zu 4.6 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz

Vorlage: 22/SVV/1008

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Herr Dr. Wegewitz bittet um Erläuterung, was mit „Sachmitteln“ im vorliegenden Antrag bezeichnet wird.

Herr Lesniak informiert, welche Unterstützung die Blumenfee von Seiten der Stadt erhält.

Im Ergebnis der Verständigung stellt Herr Dr. Wegewitz den Antrag mit folgenden Änderungen zur Abstimmung.

Geänderte Fassung:

Der Oberbürgermeister **wird** beauftragt, ~~das~~ **weiterhin das** ehrenamtliche Engagement der Blumenfee auf dem Luisenplatz Potsdam mit Sachmitteln ~~aus dem Budget der LHP~~ zu unterstützen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister **wird** beauftragt, das **weiterhin das** ehrenamtliche Engagement der Blumenfee auf dem Luisenplatz Potsdam mit Sachmitteln aus dem Budget der LHP zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.7 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern

Vorlage: 22/SVV/0941

Fraktion CDU

Herr Finken bringt die Anträge 22/SVV/0941 (TOP 4.7) und 22/SVV/942 (TOP 4.8) ein und beantragt die Zurückstellung bis zu den Haushaltsverhandlungen.

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung. Dieser wird mit 3/4/1 abgelehnt.

In der anschließenden Diskussion informiert Herr Kümmel zu den Fragen „Personal“ und „Finanzen“ und führt aus, dass der Antrag sich auf die Berichterstattung im KUM-Ausschuss und der dort diskutierten Frage: „Was wäre für die Sicherstellung der Aufgaben und Pflege“ an Ressourcen (Personal/Geld) notwendig. Dabei wurden die Punkte „Standards“ und deren Erhöhung, „Bedarf“ und „Erhaltungsaufwand“ aufgegriffen.

Herr Dr. Wegewitz verweist auf die Frage von Herrn Bauer betr. „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ auf die inhaltliche Befassung in den Fachausschüssen.

Herr Dr. Wegewitz stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzlich fünf Stellen im Bereich Grünflächen, Arbeitsgruppe gärtnerische und technische Dienstleistungen einzuplanen und so schnell wie möglich zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 1

Die Ausschussmitglieder lehnen somit die Beschlussfassung des Antrages ab.

zu 4.8 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen
Vorlage: 22/SVV/0942
Fraktion CDU

Herr Finken bringt die Anträge 22/SVV/0941 (TOP 4.7) und 22/SVV/942 (TOP 4.8) ein und beantragt die Zurückstellung bis zu den Haushaltsverhandlungen.

Herr Dr. Wegewitz stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung. Dieser wird mit 3/4/1 abgelehnt.

In der anschließenden Diskussion informiert Herr Kümmel zu den Fragen „Personal“ und „Finanzen“ und führt aus, dass der Antrag sich auf die Berichterstattung im KUM-Ausschuss und der dort diskutierten Frage: „Was wäre für die Sicherstellung der Aufgaben und Pflege“ an Ressourcen (Personal/Geld) notwendig. Dabei wurden die Punkte „Standards“ und deren Erhöhung, „Bedarf“ und „Erhaltungsaufwand“ aufgegriffen.

Herr Dr. Wegewitz verweist auf die Frage von Herrn Bauer betr. „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ auf die inhaltliche Befassung in den Fachausschüssen.

Herr Dr. Wegewitz stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Standard der Stiftung für Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) entsprechend ausreichend, finanzielle Mittel für die gärtnerische und technische Pflege und Dienstleistungen für kommunale Park- und Grünanlagenpflege einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	1

Die Ausschussmitglieder lehnen somit die Beschlussfassung des Antrages ab.

zu 4.9 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"
Vorlage: 22/SVV/0958
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Von Seiten des Geschäftsbereiches 4, Fachbereich Stadtplanung, liegt dem Ausschussvorsitzenden ein Schreiben mit der Bitte um Zurückstellung des TOP vor.

Die Zurückstellung des TOP wird von Seiten der Ausschussmitglieder bestätigt.

zu 4.10 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/0980
Fraktion DIE ANDERE

Herr Dr. Wegewitz begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer des Klinikums Ernst von Bergmann Herrn Schmidt.

Frau Kapp bringt den vorliegenden Antrag ein.

Herr Schmidt äußert seine Verwunderung über den Antrag und führt aus, dass Differenzen ausgesteuert werden, u. B. bei Rotationen. Herr Schmidt bittet darum, dass sich die Mitarbeitenden, die Fragen haben bzw. den ihnen zustehenden Ausgleich nicht erhalten, was er sich nicht vorstellen kann, sich unverzüglich an den Personalbereich wenden.

Frau Kapp bittet um Klarstellung unter den Mitarbeitenden im Klinikum.

Mit den o. g. Ausführungen wird die Erledigung festgestellt.

Herr Dr. Wegewitz stellt die Feststellung auf Erledigung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.11 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/1019**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Exner bittet im Namen des Antragstellers um Aufnahme der im Haus abgestimmten Änderung unter dem Punkt (2) d und e im Beschlusstext sowie in der Vereinbarung wie folgt:

Im Beschlusstext:

- d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen**

- e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark); ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

In der Vereinbarung:

- d) Zur Finanzierung von Ankaufsflächen werden auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses der LHP die gemäß LOI zum Schulentwicklungsprogramm 2013 gebildeten Rücklagen in Höhe von 7,7 Mio. € zweckbestimmt umgewidmet und prioritär für den Ankauf und die Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~; **es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
- e) Zugleich beteiligt wird sich die ProPotsdam auch verstärkt an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark oder beim Kita-Bau) beteiligen in den Quartieren; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **und es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

Herr Dr. Wegewitz stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte Vereinbarung mit der ProPotsdam GmbH mit folgenden Inhalten abzuschließen:

1. Sicherung bezahlbarer Mieten und Mieterschutz
 - a) Mietenmoratorium: keine Mieterhöhungen bis zum 31.10.2023
 - b) Keine Räumungen wegen Mietrückständen durch hohe Wärmepreise bis zum 30.06.2024
 - c) Im Anschluss an das Mietenmoratorium Kappung von Mieterhöhungen auf insgesamt maximal 10 Prozent in drei Jahren bei Kappung von Mieterhöhungen auf maximal 5 Prozent je Mieterhöhung
 - d) Fortsetzung und Ausweitung der Bonusprogramme der ProPotsdam
 - e) Beteiligung am Potsdam Bonus nach Implementierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
 - f) Bereitstellung von Angebotskontingenten zur Vermietung an Berufsgruppen der Daseinsvorsorge
2. Wohnungsneubau und Sicherung öffentlicher kritischer Infrastruktur
 - a) Fortführung des Wohnungsneubauprogramms von 2.500 Wohnungen bis 2027
 - b) Unentgeltliche Übertragung städtischer Grundstücke an die ProPotsdam zum Zweck der Schaffung von Sozialwohnungen oder von Wohnraum für Geflüchtete
 - c) Mitwirkung am Aufbau eines aktiven kommunalen Liegenschaftsmanagements

Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

- d) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark) ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
- e) Zu d) und e) erfolgt eine gesonderte Abstimmung zwischen PP und LHP
- f) Bereitstellung von jährlich durchschnittlich 600, d.h. bis zum 31.12.2027 insgesamt 3.000 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen oder zur Anmietung für soziale Zwecke durch die Landeshauptstadt Potsdam.
- g) Vereinbarung von Kontingenten zur Vermietung an Beschäftigte in kommunalen Unternehmen wie z.B. Krankenpflegerinnen und -pfleger, Feuerwehrleute und Beschäftigte der Stadtwerke
- h) Verzicht der LHP auf Gewinnausschüttung für die Laufzeit der Vereinbarung. Eine Überprüfung erfolgt nach 2 Jahren

3. Energieversorgung, Klimaschutz und Klimaanpassung

- a) Zusammenarbeit im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, z.B. bei der Erarbeitung und Umsetzung integrierter Konzepte zur behutsamen und nachhaltigen Quartiersentwicklung
- b) Sicherung einer sozialverträglichen Sanierung zur Vermeidung von Verdrängung auf Grundlage eines Konzepts für Durchmischung und Vielfalt im Projekt „Schlaatz 2030“
- c) Dezentraler und öffentlich geförderter Ausbau erneuerbarer Energien an und auf Wohngebäuden
- d) Unentgeltliche Übertragung von Rand- und Splitterflächen an die ProPotsdam und Wohnungsgenossenschaften zur Aktivierung von innerstädtischen Potenzialen für sozialen, öffentlich geförderten bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbau

Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.12 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt
Potsdam (Wasserver-sorgungs- und -abgabensatzung-WVS)**

Vorlage: 22/SVV/1024

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Herr Finken erkundigt sich nach der Bilanz der letzten Jahre. Herr Schenke informiert zum Sachstand.

Herr Dr. Wegewitz stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserversorgungs- und -abgabensatzung-WVS) gemäß Anlage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.13 Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der
Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und –abgabensatzung-
AWS)**

Vorlage: 22/SVV/1025

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und –abgabensatzung-AWS) gemäß Anlage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Exner informiert zum Sachstand „Bürgerhaushalt“ und führt aus, dass die

„20-Liste“ der Vorschläge / Anträge in der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022 eingebracht wird.

Die entsprechenden Anträgen werden in die jeweiligen Fachausschüsse überwiesen mit der Bitte um Votierung in Vorbereitung der Haushaltsdiskussion. Letzter Fachausschuss, der sich mit allen 20 Anträgen befasst, ist der Ausschuss für Finanzen.

gez. Dr. Wegewitz
Ausschussvorsitzender

gez. Köthur
Protokollantin